

Tierschützer Erwin Kessler blitzt vor Bundesgericht ab

21.07.2014 09:30

Der Thurgauer Tierschützer Erwin Kessler ist mit einer Beschwerde vor Bundesgericht in Lausanne abgeblitzt. Der Präsident des Vereins gegen Tierfabriken (VgT) Schweiz wehrte sich gegen Auflagen einer Thurgauer Gemeinde bei eines Protests während eines Gottesdienstes.

Erwin Kessler demonstrierte am 3. November 2013 zusammen mit zwei anderen Aktivisten während des Gottesdienstes vor der katholischen Kirche in Sirnach gegen die Kaninchenhaltung einer Familie. Kessler hatte vorgängig ein Gesuch zur Durchführung der Kundgebung eingereicht. Die Gemeinde Sirnach bewilligte dieses unter Auflagen - während des Gottesdienstes hätten die Tierschützen nicht demonstrieren dürfen.

Gemäss Urteil des Bundesgerichtes büsste die Staatsanwaltschaft Kessler mit Strafbefehl vom 27. Januar 2014 wegen Ungehorsams gegen amtliche Verfügungen. Kessler erhob dagegen jedoch Einsprache. Er gab zu Protokoll, dass er nicht die geplante, sondern lediglich eine nicht bewilligungspflichtige Klein-Kundgebung durchgeführt habe. Daraufhin stellte die Staatsanwaltschaft Frauenfeld am 24. Februar 2014 das Strafverfahren gegen Kessler ein.

Gegen die mit Auflagen behaftete Bewilligung der Kundgebung reichte Kessler Beschwerde beim kantonalen Departement für Inneres und Volkswirtschaft ein. Der Kanton stellte sich hinter die Gemeinde. Erwin Kessler gelangte ans Verwaltungsgericht, wo er im März 2014 erneut eine Abfuhr einfiel.

Gleiches widerfuhr dem Tierschützer nun in Lausanne: Das Bundesgericht wies in seinem Urteil vom 13. Juni 2014 Kesslers Beschwerde gegen den Kanton Thurgau wegen Verletzung der Demonstrationsfreiheit ebenfalls ab. Der Entscheid des Verwaltungsgericht lasse keine Willkür erkennen, hält das Bundesgericht fest. Er erscheine vertretbar, die öffentlichen Interessen restriktiv auszulegen.

Erwin Kessler gibt aber noch nicht auf. Der VgT habe gegen diesen neuen, formalistisch abweisenden Entscheid den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg angerufen, schrieb er am 16. Juli 2014 in einer Mitteilung.

(SDA)